

Zu teuer? Streit um 30.000-Euro-Umfrage

Vor der Frage, ob in Massen neue Supermärkte gebaut werden sollen, steht jetzt die Frage, wie die Stadt Unna ein Meinungsbild zu dem umstrittenen Thema einholen soll.

Unna. Dass Bürger intensiver an politischen Entscheidungen beteiligt werden, dürfte inzwischen kaum eine politische Gruppierung ablehnen. Bei einem besonders umstrittenen Thema in Unna steht aber nun die Frage im Raum, wie diese Beteiligung erfolgen soll – und was sie kosten darf. Soll Unna 30.000 Euro für eine Umfrage ausgeben?

Kritik an Befragung in „Premiumform“

Diese Summe veranschlagt die Verwaltung für die geplante Befragung zum Einkaufszentrum Massen. Die Befragung werde damit ebenso viel Geld kosten wie eine reguläre Wahl, kommentiert der FLU-Fraktionsvorsitzende Klaus Göldner. Auch unsere Leser äußerten sich kritisch zu den Kosten und ebenso wie Göldner zu dem Umstand, dass die Befragung jetzt kommt und nicht vor der Kommunalwahl. „Da laut Ankündigung des Bürgermeisters die Befragung der Bürgerinnen



Bei der Meinungsumfrage (Symbolbild), die die Stadt plant, soll es um mehr gehen als „ja“ oder „nein“ zu Edeka und Lidl. Wird die Befragung deswegen zu aufwendig und zu teuer?

FOTO DPA

und Bürger bei größeren Projekten nunmehr zum Standard in Unna werden soll, werden wir die jeweilige Durchführung der Befragungen in dieser ‚Premiumform‘ finanziell nicht durchhalten können und wollen“, so Göldner weiter. Das Projekt, über das der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität nun beraten soll und das noch unter dem Haushaltsvorbehalt

steht, wird also zumindest nicht ohne Diskussion in die Wege geleitet. Die CDU-Fraktion etwa hatte die Planung der Umfrage bereits befürwortet in einer Mitteilung nach ihrer Haushaltsberatung. Zuvor hatte auch die FDP-Fraktion daran erinnert, dass sie schon 2020 eine repräsentative Studie zur Ermittlung des Bürgerwillens gefordert habe. Geht es womöglich auch einfacher?

FLU-Chef Göldner fordert nun die Suche nach „kostengünstigeren Alternativen“. Vorstellbar sei etwa, dass innerhalb eines festgelegten Zeitfensters Massener Bürger im Bürgeramt oder einer Verwaltungsnebenstelle ihr Votum abgeben. Auch eine Befragung per Internet oder Telefon könne erörtert werden. Nötig erscheint eine Diskussion, wie fundiert und wie thematisch breit diese Meinungserhebung werden soll. Wie die Stadtverwaltung in ihrer Beschlussvorlage ausführt, sollen Massener nicht nur „ja“ oder „nein“ in Bezug auf die Supermarktpläne ankreuzen. Es sollen unter anderem auch die Zufriedenheit mit der Infrastruktur im Ortsteil, das Wohlfühlen und das übliche Einkaufsverhalten abgefragt werden. Und denkbar ist, dass die Stadt die Umfrage in externe Hände geben will, damit die Ergebnisse nachher stichhaltig sind, was Neutralität und Methodik angeht. *tra*